

Gemeinsamer fraktionsübergreifender Prüf-Antrag:
(Stand 12.01.2018)

Betrifft:

**Bündelung und Stärkung des Aufgabenfeldes "Stadtgrün und Umwelt"
in der Stadt Friedrichshafen.**

Präambel:

Aufgrund der ISEK-Ergebnisse und der wachsenden Bedeutung der Umwelt-Themen wird eine ganzheitliche und integrative Bearbeitung der davon betroffenen Vorhaben für notwendig erachtet. Die Umwelt-Themen sollen gleichrangig und frühzeitig bei der Planung berücksichtigt werden.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, zu prüfen, ob und wie durch organisatorische Vorkehrungen und Veränderungen die Verwaltungsstruktur verändert werden muss und hierzu Vorschläge zu machen.

Insbesondere soll geprüft werden:

1. Ob die Funktionalität und Zweckmäßigkeit der derzeitigen Struktur und Aufteilung der verschiedenen Abteilungen „Umwelt und Naturschutz“, „Grünflächen und Friedhofsverwaltung“ und des „Stadtplanungsamt“ auf unterschiedliche Dezernate gegeben ist oder ob dies verändert werden soll.
2. Ob die Aufgaben der Abteilung "Umwelt und Naturschutz" vom Dezernat II auf das Dezernat IV übertragen werden sollen.
3. Welche Organisation im Dezernat IV gegebenenfalls zweckmäßig ist und wie die Neuorganisation der Abteilung "Umwelt und Naturschutz" mit den Aufgaben der Abteilung "Grünflächen und Friedhofsverwaltung" und dem „Stadtplanungsamt“ sinnvoll ist - ob als Abteilung oder als Amt - und welche Vor- und Nachteile und finanziellen Auswirkungen sich aus den Alternativen ergeben.
4. Ob und inwieweit zu diesem Zweck eine personelle Aufstockung mit gegebenenfalls welchen finanziellen Auswirkungen nötig ist.
5. Ob der „Ausschuss für Umwelt und Nachhaltigkeit“ aufgelöst und die Zuständigkeit für diese Themen auf den „Technischen Ausschuss" mit dem z.B. dann neuen Namen „Ausschuss für Bauen und Umwelt“ übertragen und die dafür nötige Anpassung der Hauptsatzung vorgenommen werden soll.

Begründung:

Im Rahmen einer lebhaften Diskussion in der TA-Sitzung vom 04.07.2017 über die Umsetzung der ausgearbeiteten Ziele des ISEK-Prozesses haben sich Ausschussmitglieder für die Stärkung und Umorganisation des Aufgabenfelds "Stadtgrün und Umwelt" ausgesprochen.

Die Antragsteller sind der Auffassung, dass das umfangreiche Themen- und Aufgabenfeld „Stadtgrün und Umwelt“ eng mit den Aufgabenbereichen von Stadtplanung, Hoch- und Tiefbau im Dezernat IV verzahnt ist, diese Themen zusammengehören und die Zusammenarbeit – bereits schon im Anfangsstadium - zwischen den Aufgabenbereichen verstärkt werden sollte. Dies entspricht der grundsätzlichen Empfehlung auch des Deutschen Städtetages.

Die verschiedenen Aufgabenbereiche sind derzeit in unterschiedlichen Dezernaten, Ämtern und Abteilungen angesiedelt. Mit dem Antrag soll gemäß Ziff. 1 - 3 die derzeitige Verwaltungsstruktur aus Sicht der Antragsteller auf eine Optimierung für die Herausforderungen zum Thema moderne Stadtentwicklung geprüft und möglichst optimiert werden.

Die Durchgängigkeit von Konzeption, Planung und Umsetzung einschließlich der Unterhaltung für die Aufgabenbereiche Stadtgrün und Umwelt innerhalb nur eines einzigen Dezernates kann möglicherweise besser sichergestellt werden. Die Aufgabenbereiche der verschiedenen Abteilungen könnten so weitergeführt und gebündelt werden.

Nachholbedarf und künftig wachsenden Handlungsbedarf sehen die antragstellenden Fraktionen/Gruppierungen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Erstellung von Grünentwicklungskonzepten außerhalb des Stadtkörpers.
- Grünentwicklungskonzepte welche in Einklang mit dem Stadtkörper gebracht werden. Hierzu sind Potentialanalysen notwendig.
- Vernetzung innerstädtischen Naherholungsräumen, Freizeiteinrichtungen und innerstädtischen Plätzen. Verknüpfung von Quartiersplätzen und Grünzonen.
- Aufwertung oder Neuschaffung von öffentlichen urbanen Plätzen mit hoher Aufenthaltsqualität und vielfältigen Angebotsstrukturen. Neben den Grünaspekten sollen besonders Freizeitaktivitäten und soziale Interaktionsmöglichkeiten beachtet werden.

Die antragstellenden Fraktionen/Gruppierungen sehen die Notwendigkeit, diesen Themenfeldern künftig erhöhten Stellenwert einzuräumen. Die im Rahmen von 'ISEK' erarbeiteten Projektideen sollen ohnehin zeitnah auf Realisierungsfähigkeit geprüft und den Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden und die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes steht ebenfalls an.

Mit der Prüfziffer 4 soll geklärt werden, ob eine personelle Verstärkung notwendig ist, um den ggfls. komplexer werdenden Anforderungen in den Aufgabenfeldern besser gerecht zu werden.

Beschlussantrag Ziffer 5 dient der Prüfung, den „Technischen Ausschuss“ und den „Ausschuss für Umwelt und Nachhaltigkeit“ zu einem neuen Ausschuss „Bauen und Umwelt“ zusammenzulegen. Zukünftige fachübergreifende Projekte - gerade auch aus dem ISEK Prozess - könnten auf diese Weise effektiver abgestimmt werden. Zudem würde es die Beratung und Beschlussfassung im dann neuen Ausschuss ganzheitlicher und integrativer ermöglichen.

Unterzeichner:

Fraktionen von CDU, FW, SPD, B90/Grüne, ÖDP/Partner, FDP